

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
I. Die Problemstellung	13
II. Der Gang der Untersuchung	16
B. Die historische Entwicklung des Überschuldungsbegriffs	19
I. Der Überschuldungsbegriff bis zum Inkrafttreten der Konkursordnung	19
II. Der Überschuldungsbegriff während der Geltungszeit der Konkursordnung	22
1. Die Ausgangssituation	22
2. Der einstufige Überschuldungsbegriff	25
a) Der Ansatz von Liquidationswerten	26
b) Der Ansatz von Fortführungswerten	27
c) Der kumulative Ansatz von Liquidations- und Fortführungswerten	27
3. Die mehrstufigen Überschuldungsbegriffe	28
a) Der einfache zweistufige Überschuldungsbegriff	29
b) Der modifizierte zweistufige Überschuldungsbegriff	30
4. Zusammenfassung	31
III. Die Entwicklungen seit dem Inkrafttreten der Insolvenzordnung	32
1. Die Entwicklungen vom Inkrafttreten der Insolvenzordnung bis zum Jahr 2008	32
2. Die Entwicklungen ab dem Jahr 2008	35
3. Die Änderungen der Norm zum 01.01.2021	37
4. Die Änderungen der Norm zum 01.01.2024	38
C. Die Überschuldung als Eröffnungsgrund	39
I. Der Sinn und Zweck des Überschuldungstatbestandes	39
II. Der Anwendungsbereich der Überschuldung	40
III. Die Abgrenzung zur Zahlungsunfähigkeit	41
IV. Die Abgrenzung zur drohenden Zahlungsunfähigkeit	43

V. Die Rechtsfolgen des Vorliegens der Überschuldung	44
1. Das Antragsrecht	44
2. Die Antragspflicht	45
a) Hauptzuständigkeit	46
b) Erweiterungs- und Ersatzzuständigkeit	47
3. Die Antragsfrist	48
4. Die Rechtsfolgen bei Missachtung der Antragspflicht	49
a) Zivilrechtliche Folgen	49
b) Strafrechtliche Folgen	50
VI. Der Zeitpunkt der Überschuldungsprüfung	51
1. Permanente Prüfungspflicht	53
2. Krisenabhängige Prüfungspflicht	53
a) Negative Geschäftsentwicklung	55
b) Fehlende Kreditwürdigkeit	56
c) Drohende Zahlungsunfähigkeit	57
d) Betriebliche Kennzahlen	59
aa) Verschuldungsgrad	59
bb) Eigenkapitalquote	61
cc) Zusammenfassung	62
e) Handelsbilanzielle Überschuldung	62
f) Krisenstadien nach dem IDW S 6	64
aa) Stakeholderkrise	65
bb) Strategiekrise	65
cc) Produkt- und Absatzkrise	66
dd) Erfolgskrise	66
ee) Liquiditätskrise	67
ff) Insolvenzreife	67
g) Stellungnahme	67
VII. Abgrenzung zu weiteren Begriffen	68
1. Die Verschuldung	69
2. Die Unterbilanz	69
3. Die Unterkapitalisierung	71
D. Der Ablauf der Überschuldungsprüfung	73
I. Die Prüfung des modifizierten zweistufigen Begriffs	73
II. Die Prüfung des einfachen zweistufigen Begriffs	75

E. Die rechnerische Überschuldung	79
I. Problemaufriss	80
II. Die Handelsbilanz als Grundlage	81
1. Das Gliederungsschema	81
2. Die Aktivseite der Handelsbilanz	83
a) Das Vollständigkeitsgebot	83
b) Die abstrakte Aktivierungsfähigkeit	84
aa) Die Rechtsprechung des BFH	84
bb) Der Meinungsstand in der Literatur	86
c) Die konkrete Aktivierungsfähigkeit	87
aa) Zurechnung des Vermögensgegenstandes	87
bb) Aktivierungsgebote	88
cc) Aktivierungswahlrecht	89
dd) Aktivierungsverbote	89
d) Aufwendungen und Erträge	89
e) Rechnungsabgrenzungsposten	90
3. Die Passivseite der Handelsbilanz	90
a) Eigenkapital	90
b) Abstrakte Passivierungsfähigkeit	91
c) Konkrete Passivierungsfähigkeit	91
4. Die gesetzlichen Bewertungsgrundsätze der Handelsbilanz	92
a) Der Grundsatz der Bilanzidentität, § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB	92
b) Der Grundsatz der Unternehmensfortführung, § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB	93
c) Der Grundsatz der Einzelbewertung, § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB	95
d) Das Vorsichtsprinzip, § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB	96
e) Der Grundsatz der Periodenabgrenzung, § 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB	98
f) Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit, § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB	98
g) Das Anschaffungskostenprinzip, § 253 Abs. 1 S. 1 HGB	99
III. Die Ansatzkonzeption der Überschuldungsbilanz	99
1. Die Aktivseite der Überschuldungsbilanz	100
a) Anlage- und Vorratsvermögen	100

b) Forderungen	101
c) Immaterialgüterrechte	102
d) Geschäfts- oder Firmenwert	102
e) Gegenstände mit Ab- oder Aussonderungsrechten	104
f) Weitere Posten	104
h) Nicht anzusetzende Posten	105
2. Die Passivseite der Überschuldungsbilanz	106
a) Verbindlichkeiten	106
b) Einredebehaftete Verbindlichkeiten	107
c) Nachrangige Verbindlichkeiten	107
d) Rückstellungen	108
e) Weitere Passivposten	109
f) Nicht anzusetzende Posten	110
3. Das Gliederungsschema des Überschuldungsstatus	111
4. Ergebnis	111
IV. Die Bewertungskonzeption der Überschuldungsbilanz	112
1. Liquidationswert	112
a) Auflösungsgeschwindigkeit	114
b) Auflösungsintensität	115
c) Einzelbewertung oder Gesamtbewertung?	116
2. Fallgruppen	116
a) Sachen und Finanzanlagen	116
b) Immaterielle Vermögensgegenstände	118
c) Forderungen	118
d) Abnutzbare Gegenstände	118
3. Übertragung handelsrechtlicher Bewertungsgrundsätze	119
4. Stellungnahme zum Liquidationswert	119
F. Die Fortführungsprognose	121
I. Der Fortführungswille	122
II. Der Gegenstand der Prognose	123
1. Ertragsfähigkeit	123
2. Zahlungsfähigkeit	124
3. Vorgaben des Gesetzgebers	125
4. Aussagen der Rechtsprechung	126
5. Stellungnahme	127
III. Die Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit	130
1. Prognosemittel	130

2. Elemente der Ermittlung der Zahlungsfähigkeit	133
a) Berücksichtigung von Sanierungsmaßnahmen	133
b) Mittel der Innenfinanzierung	134
c) Mittel der Außenfinanzierung	134
IV. Der Prognosezeitraum	135
V. Überwiegende Wahrscheinlichkeit	136
VI. Dokumentation	137
G. Die kritische Würdigung des Überschuldungsbegriffs	139
I. Vergleich zwischen dem einfachen zweistufigen und dem modifizierten zweistufigen Überschuldungsbegriff	139
1. Die kritische Würdigung des einfachen zweistufigen Begriffs	139
a) Vorbemerkung zur Ermittlung der Fortführungswerte	139
aa) Das Einzelbewertungsprinzip	141
bb) Das Gesamtbewertungsprinzip	142
b) Die Kritikpunkte des einfachen zweistufigen Begriffs im Einzelnen	144
aa) Die mangelnde Aussagekraft der Fortführungswerte	145
bb) Die Rechtsunsicherheiten bei Prognoseentscheidungen	146
cc) Die Behandlung des Firmenwertes unter der Fortführungsprämisse	147
dd) Die Schwierigkeiten der bilanziellen Darstellung der Fortführungswerte	148
2. Die kritische Würdigung des modifizierten zweistufigen Begriffs	148
a) Sanierungsfeindlichkeit des modifizierten zweistufigen Begriffs?	149
b) Die fehlende Warnfunktion des Überschuldungsstatus	150
c) Die fehlende Sicherheit bei der Prognose	151
d) Der Ansatz von Liquidationswerten	153
3. Stellungnahme	154
a) Die Vorstellungen des Gesetzgebers	155
b) Die Schutzziele des Überschuldungsbegriffs	156

c) Die verbleibenden Rechtsunsicherheiten	157
d) Ergebnis	158
II. Entbehrlichkeit oder Notwendigkeit des Überschuldungstatbestands?	160
1. Die praktische Relevanz	161
2. Die rechtliche Relevanz	162
3. Vermitteln einer trügerischen Sicherheit oder Schutz der Gläubiger und des Rechtsverkehrs?	162
4. Besondere Herausforderung für Vorstände und Geschäftsführer	164
a) Die Komplexität der Überschuldungsprüfung	164
b) Der Zeitpunkt der Antragstellung	165
5. Stellungnahme	166
III. Modifizierungsvorschläge	168
1. Das Verschieben der Fortführungsprognose in das Insolvenzverfahren	168
2. Das gesetzliche Festlegen der rechnerischen Überschuldung als ersten Prüfungsschritt	170
3. Das gesetzliche Festlegen eines Zeitpunkts für die Überschuldungsprüfung	171
4. Die Verschmelzung von § 19 InsO und § 18 InsO	173
5. Das Ersetzen der Antragspflicht durch ein unmittelbares Pflichtenprogramm	175
6. Die Ausgestaltung des Überschuldungstatbestandes mit einem Antragsrecht	177
a) Die Antragspflicht als Preis für unbeschränkte Haftung	178
b) Die Vereinbarkeit mit dem StaRUG	179
7. Ergebnis	181
H. Fazit	183
I. Zusammenfassung	185
Literaturverzeichnis	191